

DIE LINKE.MKK Kreistagsfraktion • Geschäftsstelle • Wilhelmstr. 2 • 63450 Hanau

An den Vorsitzenden des Kreistages des Main Kinzig Kreises
Herrn Hubert Müller
Barbarossastraße 16-24
63571 Gelnhausen

11. August 2010

30. Kreistagssitzung am 3. September 2010

Antrag: Einführung einer kommunalen Waffenbesitzgebühr

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

die Fraktion DIE LINKE stellt folgenden **Antrag**:

Der Kreistag fordert den Kreisausschuss auf, eine Satzung zur Einführung einer kommunalen Waffenbesitzgebühr zu erstellen. Die Höhe der Gebühr soll je Waffenbesitzer 100 Euro sein.

Begründung:

Es ist sinnvoll eine Waffenbesitzgebühr einzuführen, damit auch im Main-Kinzig-Kreis ein Überblick über den Waffenbesitz möglich ist und Kontrollen sinnvoll durchgeführt werden können. Im Main-Kinzig-Kreis sind etwa 45.000 Schusswaffen bei ca. 11.000 Besitzern in Privatbesitz gemeldet. Bei 100 Euro pro Waffenbesitzer wären dies Einnahmen von 1,1 Millionen Euro.

Aufgrund des Amoklaufes in Winnenden wurde 2009 das Waffenrecht verschärft. Bereits im Mai 2009 hat der Kreistag aufgrund eines Antrages der LINKEN die Verschärfung des Waffenrechtes nachvollzogen. Seither müssen die Kommunen alle drei Jahre überprüfen, wie Waffenbesitzer ihre Gewehre oder Pistolen lagern. Für diese Kontrollen dürfen die Kommunen Gebühren erheben.

Der Main-Kinzig-Kreis ist derzeit nicht in der Lage, seiner Pflicht vollständig nachzukommen. Um das nötige Personal bereit stellen zu können, müssen Waffenbesitzer ihren Beitrag leisten. Deshalb ist es legitim, von Ihnen auch eine Gebühr zu verlangen.

Beispielsweise hat Stuttgart eine kommunale Waffenbesitzgebühr eingeführt, die die Betroffenen etwa 100 Euro im Jahr kosten soll. Der Städtetag Baden-Württemberg hat die Zulässigkeit dieser kommunalen Steuer in einem Gutachten geprüft. Ergebnis: Sie ist zulässig.

Mit freundlichen Grüßen



gez. Andreas Müller
Fraktionsvorsitzender

f.d.R. Dr. Thomas Maurer
Fraktionsgeschäftsführer